



Wolfgang Drexler
Fraktionsvorsitzender

Deutschland vor Aufschwung

"Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2002 am Beginn eines Aufschwungs... Im Gefolge der kräftiger expandierenden Weltwirtschaft werden die Exporte wieder steigen. Zudem strahlt die deutliche Verbesserung der Erwartungen in den USA und in Europa auch auf Deutschland aus und wirkt positiv auf die Investitionen der Unternehmen. Der private Konsum wird ebenfalls wieder zunehmen. Im weiteren Verlauf des Jahres kommen die Impulse seitens der Geldpolitik mehr und mehr zum Tragen. All das spricht dafür, dass sich der Aufschwung in der zweiten Hälfte dieses Jahres verstärken wird... Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2003 in Deutschland um 2,4 Prozent steigen, nach 0,9 Prozent in diesem Jahr. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich gleichwohl verbessern; die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt 2003 auf 3,8 Millionen zurückgehen. Der Preisanstieg bleibt moderat..."

(Auszug aus dem gemeinsamen Frühjahrsgutachten 2002 der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute)

Beschäftigung sichern und neue Arbeitsplätze schaffen

Arbeitslosigkeit ist schlimm. Denn Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern wesentlicher Inhalt menschlichen Daseins. Erst Beschäftigung erzeugt das Gefühl von Lebenssicherheit. Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht.

Vollbeschäftigung bleibt das Ziel

Es ist deshalb die Pflicht eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Denn Arbeitslosigkeit ist kein individueller, von den Betroffenen selbst verschuldeter Makel, sondern ein gesellschaftlich verursachtes Problem, um das sich die Politik zu kümmern hat. Das ist und bleibt der Anspruch der SPD.

Politik kann positive Rahmendaten setzen

Wir wissen aber auch: In sozialen Marktwirtschaften kann Arbeitslosigkeit nicht auf Knopfdruck beseitigt werden. Der Staat kann indessen wichtige ökonomische Rahmenbedingungen beeinflussen. Insgesamt aber sind der politischen Steuerung der Beschäftigungsentwicklung Grenzen gesetzt. Die Ehrlichkeit gebietet es, den Menschen keine Versprechungen zu machen, die nicht gehalten werden können. Trotz oder gerade wegen dieser Beschränkungen bleibt es das vorrangige Ziel sozialdemokratischer Politik, die Arbeitslosigkeit zu senken und für mehr Beschäftigung zu sorgen. Die SPD will sich daran messen lassen, was ihre Konzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Dies gilt natürlich erst recht für die Regierungen im Bund und in den Ländern, wo die SPD Verantwortung trägt.

Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist geschafft

Die Bundesregierung von Gerhard Schröder hat in der Arbeitsmarktpolitik eine positive Bilanz. Zugegeben: Die ehrgeizigen Ziele wurden nicht so schnell erreicht wie erhofft und von den Experten bestätigt. Aber dafür gibt es Gründe, die außerhalb der Einflussmöglichkeiten nationaler Politik liegen, wie etwa der Konjunktur-einbruch in den USA und die in der Folge lah-mende Weltwirtschaft, die zeitweise extrem hohen Rohölpreise und die Folgen des Terror-anschlags vom 11. September 2001.

Dennoch: Die Arbeitsmarktbilanz der SPD geführten Bundesregierung kann sich sehen lassen. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit seit 1998 endlich wieder zurückgegangen.

Dies belegen die Fakten, die unsere Schaubilder übersichtlich darstellen. Folgende Erfolge sind besonders hervorzuheben:

■ Die Trendumkehr auf dem Arbeitsmarkt ist geschafft. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit dem Regierungsantritt der SPD 1998 kontinuierlich verringert und mit 3,85 Millionen im Jahresdurchschnitt 2001 das niedrigste Niveau seit langem erreicht. Selbst unter den derzeit wieder ungünstigeren Bedingungen ist zu erwarten, dass für 2002 im Mittel ein Wert zu schaffen ist, der noch klar unter der Arbeitslosenzahl am Ende der Kohl-Ära liegt.



■ Die Zahl der Erwerbstätigen ist deutlich gestiegen. Seit dem Regierungsantritt der SPD sind rund 1,2 Millionen Erwerbstätige hinzugekommen, sprich neue Arbeitsplätze und selbstständige Existenzien. Ein spürbarer Aufschwung ist auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen. Ihre Zahl ist um mehr als eine halbe Million gewachsen.

■ Bei wichtigen Personengruppen kann die Bundesregierung deutliche Verbesserungen vorzeigen: Um über 25 Prozent sank im Zeitraum 1998-2001 die Arbeitslosigkeit Älterer. Die Langzeitarbeitslosigkeit konnte um 15 Prozent gedrückt werden. Auch die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen ging um etwa 12 Prozent zurück.

Landtags-Fraktion

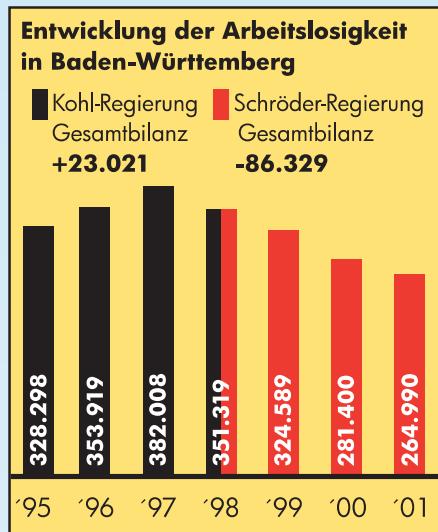


Baden-Württemberg

SPD

■ Besonders erfreulich ist die im europäischen Vergleich geringste Jugendarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen unter 25 Jahren konnte seit 1998 um 6 Prozent verringert werden. Zu diesem Erfolg trug das seit 1999 laufende und bislang mit 3 Milliarden Euro geförderte JUMP-Programm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit maßgeblich bei. Rund 377.000 Jugendliche haben über JUMP eine neue Chance zur Ausbildung, Qualifizierung oder Beschäftigung erhalten.

■ Waren die Kohl-Jahre noch geprägt von einer anhaltenden Lehrstellenmiserie, werden heute erstmals seit Jahren bundesweit wieder mehr Ausbildungsplätze angeboten als nachgefragt. Auch zu dieser Positivbilanz hat JUMP einen wichtigen Beitrag geleistet.



Positive Wirkungen auch in Baden-Württemberg

Die arbeitsmarktpolitischen Erfolge der SPD-geführten Bundesregierung zeigen sich auch in Baden-Württemberg. Wenn Ministerpräsident Teufel und die Landes-CDU an der Beschäftigungspolitik von Bundeskanzler Schröder herummäkeln, dann ist das pure Heuchelei. Als Kohl noch am Ruder war und viel schlechtere Arbeitsmarktdaten zu verantworten hatte, verlor Teufel über die Bundesregierung kein kritisches Wort.

Gute Perspektiven:

Konjunkturaufschwung in Sicht

Und wie sieht es mit den Perspektiven für die nahe Zukunft aus? Es gibt allen Grund, gute Dinge zu sein. Der bevorstehende neuerliche Wirtschaftsaufschwung wird sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Für das Jahr 2003 haben die führenden Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten 2002 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 3,8 Millionen prognostiziert. Das wäre der niedrig-

ste Jahresschnittswert seit 1995. Die Bundesregierung hält mit Recht an ihrem mittel- und langfristig angelegten Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik fest. Sie wird weiter alle finanzpolitisch vertretbaren und ökonomisch sinnvollen Hebel in Bewegung setzen, um die Wirtschaft anzukurbeln und Innovationen zu ermuntern.

Berlin hat Weichen in der Arbeitsmarktpolitik richtig gestellt

Hinzu kommen neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, die Früchte tragen werden. Mit dem Job-AQTIV-Gesetz hat die Bundesregierung die Brücken in den ersten Arbeitsmarkt breiter und begehbarer gemacht, und zwar durch effiziente Vermittlung, berufliche Qualifizierung, Lohnkostenzuschüsse und Beschäftigungsförderung. Mit der bundesweiten Förderung eines Kombilohns nach dem so genannten "Mainzer Modell" werden die Beschäftigungsmöglichkeiten von gering qualifizierten Arbeitnehmern und Langzeitarbeitslosen erweitert. Job-AQTIV und Kombilohn werden keine Wunder vollbringen. Aber sie zeigen: Die SPD will Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanzieren.

Die Kehrseite:

Teufel richtet Kahlschlag an

Und was tut die Teufel-Regierung? Sie richtet einen Kahlschlag bei der Landesarbeitsmarktpolitik an. Wortreich schimpft sie gegen Berlin, tut indes selbst viel zu wenig für den Abbau der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil: Den Finanzen für die Arbeitsmarktpolitik in Baden-Württemberg wurde in den letzten Jahren immer mehr der Hahn zgedreht. Es ist schlicht beschämend, was sich die CDU/FDP-Landesregierung in der Arbeitsmarktpolitik leistet.

Entwicklung der arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme in Baden-Württemberg (in Mio. EURO)

1996	22,66
1997	18,25
1998	18,25
1999	17,40
2000	17,40
2001	17,40
2002	11,39
2003	5,00

Gelder für Beschäftigungsprojekte viel zu dürf'tig

Bei der Kofinanzierung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) sieht es keinen Deut besser aus. Im Zeitraum 2000-2006 stehen aus Mitteln des ESF für eine aktive Arbeitsmarktpolitik erheblich mehr Gelder zur Verfügung als in der Vergangenheit. Die für Baden-Württemberg in dieser Förderperiode veranschlagten ESF-Mittel belaufen sich auf 230 Millionen Euro. Pro Jahr könnte damit das Dreifache des früheren Fördervolumens erreicht werden. Doch das Land stiehlt sich aus seiner Verantwortung für die Finanzierung und wälzt die Aufgabe auf die Kommunen ab. Leidtragende sind die Arbeitslosen im Land.

Abbau der Arbeitslosigkeit für SPD zentrale Zielmarke

Wer wie Teufel bei der Arbeitsmarktpolitik im Glashaus sitzt, sollte also Vorwürfe gegen die Bundesregierung lieber bleiben lassen. Fest steht: Die Talsohle bei der Arbeitslosigkeit ist durchschritten. Der neue Aufschwung darf jetzt nicht durch Miesmacherei kaputt geredet werden. Die Erfolge der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind unübersehbar. Aber sie reichen nicht aus. Es gibt wahrlich keinen Grund, sich ins Ruhekissen zu legen. Gefragt sind vielmehr auch in Zukunft verstärkte politische Anstrengungen für ein stetiges und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Der spürbare Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt eine zentrale Zielmarke, an der sich die SPD messen lassen will - im Bund wie im Land Baden-Württemberg.

Herausgeber:

SPD-Landtagsfraktion
Konrad-Adenauer-Straße 12 · 70173 Stuttgart
Telefon 07 11/20 63-7 11/7 28
Telefax 07 11/20 63-7 10/7 14
zentrale@spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

Verantwortlich: Matthias Klopfer

Redaktion: Martin Mandler

Gestaltung: Werbeagentur KNOW-HOW

Mai 2002

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Parteien dürfen sie nicht als Wahlwerbung verwenden.

Landtags-Fraktion

Baden-Württemberg



SPD